

Anzeige

NZZ Online

Sonntag, 07. November 2010, 17:50:27 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > International

7. November 2010, NZZ am Sonntag

Protest von Atomkraftgegnern

Merkels Energiepolitik mobilisiert so viele Demonstranten wie seit 30 Jahren nicht mehr

Der Transport radioaktiven Mülls hat in Deutschland erneut eine Protestwelle ausgelöst. Um die Sicherheit zu gewährleisten, kommt auf zwei Demonstranten ein Polizist.

Gerd Kolbe, Berlin

Ohne grössere Störungen hat der umstrittene Transport mit 11 Castor-Behältern und 123 Tonnen hochradioaktiven Atommülls auf dem Weg von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague ins deutsche Zwischenlager Gorleben gestern Samstagnachmittag Deutschland erreicht. Nachdem der Zug am Freitag von Atomkraftgegnern nahe Caen aufgehalten worden war, wo sich vier Aktivisten an die Bahngleise anketten liessen, warteten mehr als 1000 Gleis-Blockierer auf deutscher Seite vergeblich auf den Transport. Dieser wurde kurzfristig von Strassburg nach Kehl umgeleitet, von wo aus er nach Norddeutschland weiterfuhr. Kritisch dürfte die Lage erst wieder werden, wenn sich der Transport morgen Dannenberg nähert, wo die Behälter von der Bahn auf Lastwagen umgeladen und auf Landstrassen ins 20 Kilometer entfernte Gorleben befördert werden müssen.

Dannenberg war gestern schon Schauplatz der Eröffnungskundgebung für den Massenprotest. Die Bürgerinitiativen zählten 50 000 Teilnehmer, so viele wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die Polizei nannte wie so oft niedrigere Zahlen. Bauern aus der Region verstopften die Strassen mit ihren Traktoren, was dazu führte, dass viele Demonstranten gar nicht oder nur verspätet eintrafen. Den Demonstranten stehen in den nächsten Tagen 17 000 Polizisten gegenüber, die die Anwendung von Gewalt und die Beschädigung von Bahnanlagen verhindern sollen. Besonders gefürchtet sind «Schotterer», die erneut versuchen könnten, den Schotter unter den Bahngleisen zu entfernen. Schon gestern kam es zu einem Polizeieinsatz mit Schlagstöcken und Pfefferspray, weil Aktivisten versuchten, eine Strasse zu untergraben.

Der Entscheid der schwarz-gelben Bundesregierung, die Laufzeiten der Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre zu verlängern und die Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager nach 10-jährigem Unterbruch wiederaufzunehmen, hat die Atomgegner aufs Neue motiviert. Die Parteien links von der Mitte sehen ihre Chance gekommen. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Gregor Gysi, sah bereits «die Demokratie insgesamt gefährdet». Der SPD-Chef Sigmar Gabriel warf Bundeskanzlerin Merkel «und ihren Freunden» vor, den gesellschaftlichen Konflikt wieder zu eröffnen, der durch den von der Regierung Schröder erreichten Atomausstieg befriedet gewesen sei.

Besonders zwiespältig ist die Situation der Grünen. Seit den letzten Demonstrationen gegen Kernkraft sind sie erkennbar zur politischen Mitte gerückt, in Umfragen erreichen sie Traumwerte von über 20 Prozent. Die Parteivorsitzende Claudia Roth rief wie andere Parteien auch zur Mässigung auf und forderte Gewaltverzicht. Allerdings sehen führende Grüne in Sitzblockaden nur eine Form zivilen Ungehorsams. Unerwähnt bleibt, dass Deutschland zur Rücknahme der Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken vertraglich verpflichtet ist.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/international/protest_von_atomkraftgegnern_1.8293245.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige

ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
